

Traditionssozialismus und Streitkultur : die Linke ringt um ihr politisches Selbstverständnis

Autor(en): **Wendl, Michael**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **30 (2010)**

Heft 59

PDF erstellt am: **19.04.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-652640>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Traditionssozialismus und Streitkultur

DIE LINKE ringt um ihr politisches Selbstverständnis

Nach dem überraschend deutlichen Erfolg (11.9 Prozent) bei den Wahlen zum deutschen Bundestag im September 2009 befindet sich die Partei DIE LINKE immer noch im Spannungsfeld heftiger politischer Richtungskämpfe und auch persönlicher Machtkämpfe. Es gelingt ihr deshalb nur unzureichend, aus der politischen Führungskrise der Bundesregierung eine stärkere positive Resonanz bei den Wählern und in Umfragen zu erhalten. Während diese die Grünen – bei den Bundestagswahlen noch knapp hinter der LINKEN – auf rund 25 Prozent der Wählerstimmen hochkatapultiert haben und die SPD sich auf niedrigem Niveau von ebenfalls 25 Prozent stabilisieren konnte, bleibt die LINKE in den Umfragen auf einem Zustimmungsniveau von durchgängig 10 Prozent. Sie hat also gegenüber der Bundestagswahl in den Umfragen leicht verloren.

Schon das Ergebnis bei den Landtagswahlen im Mai 2010 im bevölkerungsreichsten Bundesland Nordrhein-Westfalen war mit 5.6 Prozent nur ein Erfolg, weil die amtierende CDU/FDP-Koalition abgewählt wurde. Für die LINKE selbst war es ein enttäuschendes Wahlresultat, das erwartet wurde, und zwar deshalb, weil die LINKE in NRW sehr stark von fundamentalistisch-antikapitalistischen und traditionssozialistischen Strömungen geprägt ist. Bis zum Wahltag war unsicher, ob die 5 Prozent-Hürde überhaupt zu schaffen sei. Bereits vor der Wahl hatte es parteiintern Streit gegeben, hatten doch Teile des (ostdeutsch geprägten) Parteizentrums ihrer Partei in NRW die Koalitionsfähigkeit abgesprochen.

Die aktuellen Konfliktlinien

Versucht man die parteiinternen Reibungsprozesse in einem ersten Schritt zu systematisieren, so lassen sich mindestens vier Konfliktlinien feststellen. Die Erste besteht seit der Parteigründung darin, dass die Unterschiede zwischen der Ost- und der Westpartei, also der alten PDS und der westdeutschen WASG, nach wie vor weiterbestehen. Die zweite Konfliktlinie hat mit der Tatsache zu tun, dass innerhalb der LINKEN mindestens drei Strömungen, die ihrem politischen Selbstverständnis nach sehr unterschiedlich sind, um die Parteimacht ringen: die fundamentalistisch-antikapitalistische Strömung, die traditionssozialistische und die reformistische, die allerdings weniger linkssozialdemokratisch oder gewerkschaftlich, sondern eher libertär-sozialistisch geprägt ist. Letztere hat ihren Schwerpunkt überwiegend in den neuen Bundesländern, so dass der Streit der politischen Strömungen vorschnell als Ost-West-Problem wahrgenommen wird. Dies trifft zwar teilweise zu, aber die Konflikte in der Partei können darauf nicht reduziert werden.

Die dritte Konfliktkomponente besteht darin, dass sich Teile der Partei insgesamt sehr schwer tun, diese unterschiedlichen politischen Selbstverständnisse und entsprechenden Diskurse in einer demokratischen, offenen und solidarischen Debattenkultur untereinander zu kommunizieren respektive aufeinander abzustimmen. Zugespitzt formuliert: Die Parteiströmungen streiten nicht offen miteinander, sondern sie tragen ihre politischen Differenzen in blockierenden Machtkämpfen aus. Streit wird oft mit einer Attitüde des eifernden „Tugendwächtertums“ ausgetragen, was vor allem von der fundamentalistisch-antikapitalistischen Stömung in der LINKEN öfters praktiziert wird. Vielen in dieser Partei fällt eine Diskussionskultur, in der kontroverse Sichtweisen nicht nur zu Worte kommen, sondern auch nebeneinander bestehen bleiben können, äußerst schwer. Es fehlt an Ansätzen, Gegensätzlichkeiten und Differenzen auch aushalten zu können. Ähnlich wie in den Gewerkschaften lassen sich die Genossinnen und Genossen von einem „Einigkeitsmythos“ leiten, der eine missverstandene Geschlossenheit in einer Gesellschaft voller politischer Gegner und Feinde anmahnt. Dieser Abgrenzungszwang kann auf der Basis unterschiedlicher Sichtweisen und Interessen, aber auch unterschiedlicher kultureller Milieus in der Partei nicht einfach verordnet werden; er könnte aber im Rahmen der laufenden Programmdiskussion aufgehoben werden.

Hinzu kommt eine Krise der politischen Führung nach dem Ausscheiden von Oskar Lafontaine als Parteivorsitzender. Lothar Bisky und Lafontaine, den Vorsitzenden bis zum Mai 2010, war es halbwegs gelungen, über diese parteiinternen Konflikte und Gegensätze hinweg einen integrativen Kurs zu steuern. Dies wurde auch dadurch erleichtert, dass die SPD Teil einer von der gesamten Partei heftig kritisierten Großen Koalition unter der Führung von Angela Merkel war und folgenschwere Entscheidungen mitzuverantworten hatte, wie die massive Senkung der Unternehmenssteuern durch Peer Steinbrück und die Rente mit 67 von Franz Müntefering. Dies hatte der LINKEN einen Teil der früheren SPD-Stammwählerschaft zugetrieben und insgesamt den Kurs einer entschiedenen Opposition leichter gemacht.

Mit dem Regierungswechsel ist diese Konstellation vorbei und die SPD muss in der Rolle der Opposition versuchen, schrittweise die vorausgegangenen Regierungsentscheidungen vorsichtig infragezustellen oder zu relativieren (insbesondere in der Steuerpolitik). Die neuen Parteivorsitzenden Gesine Löttsch und Klaus Ernst verfügen aus verschiedenen Gründen nicht über die Führungsautorität ihrer Vorgänger, so dass eine Reihe von politischen Konflikten offen ausbrechen, die vorher unter der Kontrolle einer möglichst geschlossen agierenden Oppositionsarbeit gehalten werden konnten. Zudem diskutiert die Partei seit dem Frühjahr 2010 den Entwurf eines Grundsatzprogramms, ein Prozess, der die politische Flügelbildung stärker konturiert und allein deshalb zu einer Potenzierung politischer Reflexion und interner Auseinandersetzungen führt.¹

Das Ost-West-Problem ist nicht nur eine Frage der Mitglieder, sondern von politischen Einstellungen und sozialen Milieus

Im Sommer 2010 berichteten die Medien über ein Mitgliederproblem der LINKEN. Rund ein Viertel der gemeldeten Mitglieder in den westdeutschen Landesverbänden seien nicht zahlende Mitglieder, ein Befund, mit dem zwar sämtliche Parteien konfrontiert sind, der jedoch in der LINKEN zum Gegenstand eines innerparteilichen Konflikts im Landesverband Bayern hochgespielt wurde. In der Folge dieser Auseinandersetzungen, hinter denen politische Differenzen stehen, die aber nicht politisch, sondern über die Skandalisierung von echten und vermeintlichen Missständen in den Medien ausgetragen wurden, könnten wir davon ausgehen, dass die westdeutschen Landesverbände nur rund 25 Tsd. zahlende Mitglieder zählen, während die ostdeutschen Gliederungen mehr als 40 Tsd. Mitglieder haben. Auf den Bundesparteitagen war der westdeutsche Teil der Partei daher gemessen an den Mitgliederzahlen eindeutig überrepräsentiert, was auch für die Besetzung des Parteivorstands gilt. Noch wichtiger dabei ist aber, dass die westdeutsche Linke auch in den räumlich großen Landesverbänden wie Bayern und Baden-Württemberg nur wenige Tsd. Mitglieder zählt, in den einzelnen Kreisverbänden in den ländlichen und kleinstädtisch geprägten Regionen oft nur einige wenige. Das sind Mitgliedergrößen, bei denen Kleingruppen die internen politischen Prozesse wirkungsvoll beeinflussen können.

Zudem unterscheidet sich die soziale Basis der Partei in Ost und West. Die PDS als Nachfolgepartei der SED konnte noch einen Teil der früheren Bildungs- und Führungselite der DDR an sich binden, während die WASG im Westen ein Sammelbecken politischer und sozialer „Verlierer“ war. In der WASG organisierten sich die linken Sozialdemokraten und linken Gewerkschafter, die in ihren Organisationen politisch weitgehend einflusslos geworden waren. Für die Gewerkschaften des DGB kommt hinzu, dass diese in den 1990er Jahren über das „Bündnis für Arbeit“ und die damit verbundene Politik der Lohnzurückhaltung eine spürbare Rechtsverschiebung durchmachen mussten, was viele in eine Phase der gesellschaftspolitischen Resignation trieb. Erst durch die Agenda 2010-Politik der Regierung Schröder/Fischer nach 2003 wurde diese Phase beendet.

Kommt hinzu, dass erstmals mit der Westausdehnung der PDS, danach mit der Gründung der WASG die personellen Reste diverser westdeutscher ehemaliger K-Gruppen, die in der Erosionsphase der Studentenbewegung entstanden waren, ihre vorläufig letzte organisatorische Heimat finden konnten. Damit war die neue Partei mit einer Reihe von Problemen konfrontiert. Der westdeutsche Antikapitalismus hatte sich mindestens zweimal gewandelt: einmal in Teile der linken SPD während der 1970er Jahre (wovon Teile danach wieder ausgeschieden sind), dann anfangs der 1980er Jahre in den Aufbau und den politischen Aufstieg der GRÜNEN

(wobei auch hier die radikalen oder fundamentalistischen Kräfte die Partei wieder verließen). Die politischen Strömungen, die sich diesen real-politischen Parteientwicklungen verweigert hatten, waren zugleich die dogmatischen und unnachgiebigen Teile der westdeutschen radikalen Linken, also besonders prinzipienfeste Kapitalismuskritiker.

Auf der anderen Seite hatte der größere Teil der ostdeutschen Bildungselite, der in der PDS geblieben war, radikal mit dem tradierten System des Marxismus-Leninismus gebrochen und nach neuen politischen Theorien und strategischen Konzepten gesucht. Daraus entstand eine wichtige politische Strömung der Partei, das „Forum Demokratischer Sozialismus“ (FDS). Es ist eine Art Treppenwitz der Theoriegeschichte der sozialen Bewegungen, dass die ostdeutsche Parteielite diesen mit „Vulgärmarxismus, Ökonomismus und Moral getränkten Zopf des Traditionsmarxismus“ (Michael Heinrich) erfolgreich abschneiden konnte, während die linken Flügel der westdeutschen Partei die verschiedenen Varianten dieses Traditionsmarxismus sakrosankt weiterhin kultivieren.

Aus dieser „Ikonolatrie“ resultiert eben auch, dass wir es bei diesem Festhalten an Prinzipien des traditionellen Marxismus-Leninismus mit einer ausgesprochen idealistischen politischen Theorie zu tun haben, die sich mit der materialistischen und daher auch empirisch-fundierten Analyse des gegenwärtigen modernen Kapitalismus und seinen Fähigkeiten, schwere ökonomische und politische Krisen durchzuhalten und zu verarbeiten, nicht auseinandersetzt. Sie zieht es vor, aus dem „Revolutionsmuseum“ der internationalen Arbeiterbewegung sich das theoretische Rüstzeug vorgeben zu lassen. Eine zentrale Rolle spielt hierbei das bereits von Rosa Luxemburg vorgelegte Konzept des Massen- oder Generalstreiks. Es gibt hingegen nahezu keine parteiinterne Debatte über die neuen Entwicklungspotentiale und Merkmale des gegenwärtigen im Vergleich zu dem Zeitalter eines „fordistischen“ oder „korporatistischen“ Kapitalismus und jetzt stärker finanzmarktbasierten Kapitalismus. Es sei denn, es wird auf die traditionellen Theorien des „Finanzkapitals“ von Rudolf Hilferding verwiesen, auch auf Lenins Analyse einer „Finanzoligarchie“, die aber in Grundsätzen in seiner Imperialismustheorie bereits vorweggenommen worden sei. So ersetzen die alten, historisch gesehen lehrreichen Analysen die aktuelle Analyse der „konkreten Situation“ (Lenin).²

In den mitgliederstarken ostdeutschen Parteigliederungen war dieses idealistische und auf einem moralischen Rigorismus basierende Politikverständnis von vornherein nahezu chancenlos, in den westdeutschen Organisationsbereichen jedoch konnte es überleben. Das hängt auch damit zusammen, dass eine so in erster Linie moralisierende Kapitalismuskritik bei den prekär Beschäftigten und den Erwerbslosen, die sich in Westdeutschland in der LINKEN organisierten, eine positive Resonanz finden konnte. Die politische Attraktivität linksradikaler Kapitalismuskritik besteht exakt nicht in den Fähigkeiten zur analytischen Kritik des modernen

Kapitalismus, sondern im taktischen Vorgehen, an einer bereits bestehenden und moralisch begründeten Gesellschaftskritik anzusetzen und diese weiter zu verdichten. Angeknüpft wird dabei einzig an ein Unbehagen, an ein bereits bestehendes Gefühl der Empörung über ein kapitalistisches System, woraus sich populistische und radikale Forderungen ableiten lassen. Darin besteht ein entscheidendes Moment, das die innerparteiliche Resonanz der linken Strömungen in der Partei zu erklären vermag.

Umgekehrt wurde durch das FDS eine neue Bewertung von der Vermarktlichung einerseits und von „Subjektivität“ in den modernen Formen der Arbeit andererseits positiv aufgegriffen, was den Anschluss an neuere Ergebnisse in der kritischen Arbeits- und Industriesoziologie ermöglicht.³ Die Diskurse aber, eine moralisch aufgeladene, tendenziell verelendungstheoretisch geprägte Sicht im Westen und eine die Widersprüchlichkeit des modernen Kapitalismus und seine attraktiven zivilgesellschaftlichen Momente betonende Sicht im Osten, laufen völlig aneinander vorbei. Die politischen Akteure im Westen wie im Osten machen unterschiedliche Erfahrungen, gerade auch wegen der unterschiedlichen sozialen und kulturellen Milieus, in denen sie leben und die sie repräsentieren. Das wird von Seiten der Traditionssozialisten als „Polarisierung“ und als Angriff auf die quasi heiligen Grundsätze der LINKEN abzuwehren versucht.

Der moralisierende Traditionssozialismus und seine Akteure

In der Linken haben sich zwei politische Strömungen zu den Trägern dieser traditionssozialistischen Leitbilder erklärt, die sich in strategischen, weniger in analytischen Fragen voneinander unterscheiden. In einer Frage stimmen sie aber überein: in der Vorstellung, dass die kapitalistische Produktionsweise eine historisch beschränkte Gesellschaftsformation markiere, die mit „Naturnotwendigkeit“ durch eine höher entwickelte Produktionsweise abgelöst werde. Darin ist die Annahme enthalten, dass sich schon im Schoße der alten Gesellschaft die Bedingungen für die neue, die entwickeltere Gesellschaft herausbilden werden. Marx hat das selbst am Ende des 24. Kapitels des 1. Bands des „Kapitals“ in dem Abschnitt „7. Geschichtliche Tendenz der kapitalistischen Akkumulation“ zu skizzieren versucht. Hier finden sich die bekannten Hinweise auf die zentrale Rolle der „stets anschwellenden und durch den Mechanismus des kapitalistischen Produktionsprozesses selbst geschulten, vereinten und organisierten Arbeiterklasse“ einerseits wie andererseits der Hinweis auf die Sprengung des „kapitalistischen Privateigentums“ (...) „Die Expropriateurs werden expropriert“ (...) „Die kapitalistische Produktionsweise erzeugt mit der Notwendigkeit eines Naturprozesses ihre eigne Negation. Es ist Negation der Negation.“ (MEW 23, 790f.)

Diese Prognose war und ist falsch, aber sie bestimmt nach wie vor das theoretische Verständnis des Entwicklungsmodells des Kapitalismus im

Traditionssozialismus.⁴ Große Teile der Kapitalismustheorien des 20. Jahrhunderts, von der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus bis zu verschiedenen Theorien des Spätkapitalismus, beschäftigen sich mit der Frage, warum der historische Kapitalismus diesen „Naturgesetzen“ erfolgreich widerstanden hat und warum die Arbeiterklasse ihre Rolle als „historisches Subjekt“ nicht wahrnehmen konnte. Eine direkte Kritik dieser falschen Prognose von Marx wird immer wieder durch den Vorwurf des Revisionismus kleinzuhalten versucht.

In dieser Prognose mitenthalten ist ein mögliches Eintreffen von zunehmender Verelendung und von Verschärfung ökonomischer Krisen und daraus resultierend eine Revolution oder gesellschaftliche Umbrüche. Und wie jede historische Prognose über zukünftige Entwicklungen enthält auch diese mindestens ein „Körnchen Wahrheit“, um als solche zu überzeugen und wirksam zu sein. Die Anhänger des Traditionssozialismus müssen dazu keine weiteren Texte mehr gelesen haben, als ein leitendes Erkenntnisziel ist dieses suisuffizient und kann von einer politischen Generation der nächsten weitergegeben werden. Im Kern markiert es eine zwar säkularisierte, aber dennoch religiöse Heilserwartung an die Zukunft. Und alle, die dieses Modell geschichtlicher Entwicklung (zum Sozialismus) grundsätzlich kritisieren, sind im besten Fall Reformisten oder Sozialdemokraten, oder sie gehören nicht in eine sozialistische Partei.⁵

Dieses Problem wird zusätzlich kompliziert, weil diese Strömungen in zwei Organisationsformen politisch handeln. Einmal in der Antikapitalistischen Linken AKL, zu der auch die und überwiegend im Osten organisierte „Kommunistische Plattform“ (KPF) gehört. Hier haben sich zwei unterschiedliche politische Strömungen getroffen: zum einen der restliche Teil früher kommunistischer Kleingruppen im Westen, politisch verstärkt durch Teile der Erwerbslosenbewegung in der Partei, zum anderen Teile der früheren ostdeutschen Bildungselite. Gemeinsam ist ihnen in der Programmdebatte, dass die im Programmentwurf enthaltene Kapitalismuskritik an der zentralen Bedeutung der Eigentumsfrage festhält.

Die zweite Strömung des Traditionssozialismus wird durch die Sozialistische Linke SL repräsentiert. Diese begründet ihre theoretischen und strategischen Positionen nicht aus dem Erfahrungshintergrund und den internen Auseinandersetzungen der II. Internationale bzw. den politischen Konflikten der Weimarer Republik (also aus einem Zeitfenster von 1914 bis 1933), sondern aus den politischen und gewerkschaftlichen Kämpfen der späten 1960er und danach der 1970er und frühen 1980er Jahren, also ausschließlich mit Bezügen aus einer westdeutschen Sicht. Ihre Akteure kommen aus Teilen der früheren Jungsozialisten in der SPD, aus der früheren DKP (aus der damaligen Minderheitenposition der „Erneuerer“) und aus den linken Flügeln einiger DGB-Gewerkschaften, insbesondere der IG Metall und von ver.di.

Die damaligen Debatten und die damit verbundene Gesellschaftstheorie prägen nach wie vor das Selbstverständnis dieses Flügels. Dadurch sind

die früheren Diskussionen über Investitionslenkung, Wirtschaftsdemokratie und Vergesellschaftung noch präsent. Eine in der SPD und in den Gewerkschaften spätestens Anfang der 1980er Jahre verlorengegangene Auseinandersetzung wird in der LINKEN noch einmal auf die Tagesordnung zu setzen versucht. Diese Sicht wird aktualisiert durch die Übernahme linkskeynesianischer Konzepte, wie sie seit Mitte der 1970er Jahre durch die Memorandum-Gruppe⁶ vorgelegt werden. Hier befindet sich die politische Schnittstelle mit der Position von Oskar Lafontaine, die beim Entwurf des Parteiprogramms dazu führte, dass er sich auf diese linken Strömungen in der Partei stützen konnte, um gegen das FDS eine herausgehobene Rolle der Eigentumsfrage durchzusetzen (vgl. seine Rede, Junge Welt, 10.11.2010). Auch in dem politischen Machtkampf gegen den früheren Bundesgeschäftsführer Dietmar Bartsch konnte sich Lafontaine der Unterstützung von SL und AKL sicher sein. Er hat damit dem Zentrum der Partei um Bartsch zwar eine Niederlage bereiten können, aber um den Preis einer politischen Aufwertung der traditionssozialistischen Strömungen, was bei Lafontaines politischer Biografie ein bemerkenswerter Vorgang ist.

Das zentrale Problem an dieser politischen Position der SL besteht darin, dass nach wie vor von der Vorstellung einer entscheidenden politischen Rolle der Arbeiterklasse und der diese organisierenden Gewerkschaften ausgegangen wird, beides Annahmen, die durch die Entwicklung der letzten 30 Jahre konterkariert worden sind. In den Analysen und strategischen Annahmen der SL wird aber immer noch an der Hoffnung festgehalten, dass sich in der mittleren Frist eine Mehrheit für eine sozialistische Veränderung der Gesellschaft herausbilden wird, wenn bestimmte politische und ökonomische Illusionen der Herrschenden Schritt für Schritt schwinden werden und in Arbeitskämpfen sowie in politischen Streiks nachhaltige Erfahrungen mit der Realität einer Klassengesellschaft gemacht werden können. Deshalb werden auch hier große Erwartungen an die Realisierung eines politischen Streiks gesetzt. In dieser Perspektive werden die Gewerkschaften des DGB unterstützt, aber zugleich mit dem moralischen Vorwurf konfrontiert, sie seien zu wenig „kämpferisch“. Letztlich hängen diese Vorstellungen noch einem Bild des „fordistischen“ Kapitalismus in der westdeutschen Variante einer „korporativen“ Gesellschaft nach, in der die Gewerkschaften eine politisch einflussreichere Rolle einnahmen und organisatorisch eindeutig mächtiger waren. Die entscheidenden Subjekte des politischen Handelns sind der SL unter der Hand verlorengegangen. Ihre Rückkehr wird zwar beschworen, aber sie ist eher ungewiss.

Andererseits streiten sie zugleich untereinander erbittert um die Führungsrolle in den innerparteilichen Machtkämpfen. Diese Auseinandersetzungen werden aber nicht als ein Analysestreit um die aktuelle Deutung der politischen Ökonomie, sondern als Machtkämpfe um Posten und

Mandate geführt. Die Parlamentsmächtigkeit der LINKEN hat dazu geführt, dass die Repräsentanten kleiner politischer Minderheiten (auch die früher in der SPD nahezu einflusslosen linken Gewerkschafter oder Sozialdemokraten) über diese Partei parlamentarische Mandate erreichen können. Es war zum großen Teil die Politik der SPD ab 1999 (nach dem Rücktritt von Lafontaine), insbesondere nach 2002 (Arbeitsmarktreformen und Agenda 2010), die zu den politischen Ursachen der parlamentarischen Erfolge der LINKEN geführt hatten. Von den linken Strömungen in der Partei wird dies aber mit einer Stärkung sozialistischer bzw. direkt antikapitalistischer Bewusstseinsformen in der Bevölkerung verwechselt, bis zu der Annahme, dass mit einer noch resoluteren antikapitalistischen Oppositionsrolle diese Tendenz weiter auszubauen sei. In der Folge führt das dazu, dass eine Regierungsbeteiligung in ostdeutschen Bundesländern respektive ab 2013 auf Bundesebene abgelehnt wird. Dahinter steht die Strategie, mit einer solchen Politik könnte die Partei, gestützt auf außerparlamentarische Bewegungen und soziale Kämpfe, die Regierungen gleichsam vor sich her treiben, ohne sich selbst auf die politischen Risiken einer Regierungsbeteiligung einlassen zu müssen.

Damit folgen diese linken Strömungen der Partei einem heimlichen „Normativismus“. Das was sie sich politisch als Entwicklung erhoffen, soll schon objektiv als historische Gesetzmäßigkeit vorgezeichnet sein. Alle Entwicklungen, die von diesen normativen Vorgaben abweichen, werden dann aus einer moralischen Sicht, die von der geschichtstheoretisch begründeten Überlegenheit des „Sozialismus“ ausgeht, entsprechend heftig als Abweichungen vom richtigen Pfad kritisiert. Quer zu diesen beiden sozialistischen Strömungen steht eine Tendenz in der Partei, die sich für das Konzept eines bedingungslosen oder garantierten Grundeinkommens einsetzt, eine Debatte, die in Verbindung steht mit der in den frühen 1980er Jahren diskutierten These von dem „Ende der Arbeitsgesellschaft“. Diese Utopie, die auf eine Prognose von Hannah Arendt (*Vita activa oder Vom tätigen Leben*, 1994), aber auch auf den frühen utopischen Sozialismus zurückgeht, beruhte auf der damaligen These einer technologisch begründeten Arbeitslosigkeit mit hohen Produktivitätszuwächsen, also einer Zukunftsvision, die in der Wachstumsdynamik der 1950/1960er Jahre begründet war und die ausgerechnet dann ideologisch wirksam wurde, als ihre materielle Basis mit sinkenden Wachstums- und Produktivitätszuwächsen in den 1980er Jahren im Schwinden begriffen war. Dieses Konzept wird unter den Bedingungen einer rigiden Kontrolle der Hartz IV-Empfänger wieder aktualisiert und radikalisiert..

Da dieses Grundeinkommen wegen der Bedingungslosigkeit zunächst jedem Erwachsenen zustehen würde, kostet es zwischen 800 und 900 Mrd. Euro, also nahezu die Hälfte des deutschen Volkseinkommens. Für kurze Zeit wäre eine solche Größe durch eine nahezu konfiskatorische Besteuerung hoher Einkommen und Gewinne im theoretischen Modell zu realisie-

ren. Für die Durchsetzung einer solchen Steuerpolitik fehlt allerdings das politische Subjekt, da mit einer solchen radikalen Umverteilung auch das gesamte System der Sozialversicherungen neu geregelt werden müsste. Dass eine solche Utopie ein bestimmtes Maß an Popularität erreichen kann, liegt einmal an der demütigenden Lage von Langzeitarbeitslosen im deutschen Arbeitsmarktsystem, zum anderen aber auch daran, dass angenommen wird, Erwerbsarbeit unter kapitalistischen Bedingungen sei grundsätzlich „entfremdete“ und damit freudlose und nicht sinnvolle Arbeit. Wegen dieser Analyse wird das Konzept des bedingungslosen Grundeinkommens auch von der SL wie vom FDS mehr oder minder entschieden abgelehnt. SL und FDS verbindet in dieser Frage der politischen Gestaltbarkeit von kapitalistischer Erwerbsarbeit zumindest die Einschätzung, dass es für diesen Weg gewerkschaftliche und politische Handlungsspielräume bereits im Kapitalismus gibt.

Wie kann der politische Erfolg der LINKEN stabilisiert werden?

Jede politisch glaubwürdige Linkswendung der SPD – die wegen der veränderten sozialen Struktur dieser Partei⁷ nicht zu erwarten ist – würde zum gegenwärtigen Zeitpunkt die LINKE in Westdeutschland vermutlich nahezu flächendeckend unter die 5 Prozent-Hürde drücken und sie damit wieder zu einer Partei der neuen Bundesländer machen. Die parlamentarische Verankerung in den alten Bundesländern bleibt fragil, sie ist auch noch nicht flächendeckend durchgesetzt. Es fehlen noch Bayern, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz. Bei den Letzteren wird das im Frühjahr 2011 entschieden, in Bayern erst im Herbst 2013. Die Auseinandersetzungen zwischen den skizzierten politischen Strömungen werden bis zur Beschlussfassung über das neue Grundsatzprogramm im Herbst 2011 weiter anhalten. Diese Debatten haben ohne Zweifel auch klärende und erkenntnisschärfende Ergebnisse. Problematisch wäre ein strategisches Bündnis von AKL und SL zur Verteidigung traditionssozialistischer Grundsätze, indem auf die zentrale Bedeutung der Frage des kapitalistischen Eigentums und damit auf die Frage der Vergesellschaftung von Großbanken und strukturbestimmenden Unternehmen beharrt wird. Das steht in der Tradition der von mir skizzierten Auslegung der Marxschen Revolutionstheorie und wird an den bestehenden gesellschaftlichen Institutionen (u.a. auch an der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zum Privateigentum) und an der Einbindung Deutschlands in die Europäische Union scheitern.

Angesichts der objektiven Schwäche der LINKEN (und des linken Flügels der Gewerkschaften des DGB) ist eine solche programmatische Festlegung auch politisch folgenlos. Der DGB hatte diese Forderung und eine wirtschaftsdemokratische Programmatik 1996 aus seinem Grundsatzprogramm gestrichen. Das spricht nicht gegen die Forderung nach Wirtschaftsdemokratie, diese muss allerdings theoretisch anders begründet

werden, also unter Berücksichtigung demokratischer Rechte bei der Umgestaltung des Wirtschaftsbereiches unter gesellschaftlich kapitalistischen Bedingungen.⁸

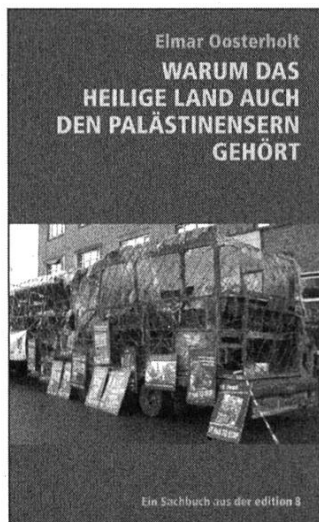
Für das Selbstverständnis der Partei heißt das nicht, dass sie auf eine antikapitalistische Perspektive verzichten sollte. Teile der Partei sollten sich aber von überlieferten Dogmen und Strategien der historischen Arbeiterbewegung zu lösen versuchen, ohne deren Tradition und Erfahrungsgeschichte ignorieren zu müssen. Deren Kenntnis ist für das Verständnis der Entwicklungen des Kapitalismus als übergreifender Gesellschaftsformation notwendig, gerade um die hohe Flexibilität und Transformationsfähigkeit dieser Gesellschaftsformation verstehen zu können. Diese historischen Erkenntnisse liefern aber kein theoretisches Modell für die aktuellen sozialen und politischen Auseinandersetzungen, unter anderem gerade deshalb, weil in diesen historischen Modellen die Frage der widersprüchlichen Entwicklung der Erwerbsarbeit einerseits und die Rolle staatlicher Politik und des Rechts andererseits nur einseitig, d.h. vor allem von der sozial destruktiven und der politisch repressiven Dimension her thematisiert worden ist.

Nicht zuletzt ist die gesamte ökologische Frage in den traditionssozialistischen Modellen entweder nicht oder nur in abstrakten Ansätzen angedacht worden.⁹ Die Partei muss versuchen, sich auf eine Reihe von Übergangsforderungen – „linkskeynesianisch“ orientiert, aber nicht im Sinne eines einfachen „Nachfragekeynesianismus“ – zu verständigen, um sich gegenüber einer sich möglicherweise ein wenig nach links orientierenden SPD politisch behaupten zu können. Sie muss zugleich versuchen, die finanz- und sozialpolitische Kompetenz auszubauen, die für mögliche Regierungsbeteiligungen notwendig ist. In der Programmdiskussion sollte sie lernen, dass es reale Widersprüche gibt, zunehmende Kompetenzen und wachsende Unsicherheiten zugleich. Und dass je nach sozialer Lage sich diese Widersprüche sehr unterschiedlich artikulieren. Die „Subjektivierung“ von Erwerbsarbeit ist für Arbeitslose eine bloße Phrase. Unterschiedliche Lebenslagen und Alltagserfahrungen theoretisch wie politisch zusammenzubringen, stellt hohe Anforderungen an die in der Partei sich aufbauende Diskussionskultur. Diese wird letztlich mitentscheidend dafür sein, ob es der Partei DIE LINKE gelingt, intern realpolitisch radikale Perspektiven auszuhandeln, Bündnispolitik umzusetzen und ein stabiler politischer Machtfaktor in Deutschland zu werden.

Anmerkungen

- 1 Programmentwurf und die Wortmeldungen in der Programmdiskussion können nachgelesen werden in [http://die-linke.de/Programm/Wortmeldungen zur Programmdiskussion](http://die-linke.de/Programm/Wortmeldungen_zur_Programmdiskussion). Als repräsentatives Medium der Selbstdarstellungen der Antikapitalistischen Linken gilt die Internet-Zeitschrift Scharf-Links. Die wichtigen Strömungen der Partei dokumentieren ihre Texte auf ihren Homepages: Antikapitalistische Linke, Sozialistische Linke, Forum-DS.

- 2 Am Rande der Partei findet in der politischen Bildungsarbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) auch eine intensive Diskussion über die Weiterentwicklung der Marx'schen Theorie und ihre Anwendung auf den gegenwärtigen Kapitalismus statt, die in Schriftenreihen der RLS und der „Hellen Panke“ (die Berliner Landesorganisation der RLS) dokumentiert wird. Diese Texte spielen für die politischen Diskussionen in der Partei aber kaum eine Rolle.
- 3 So im Anschluss an Dieter Sauer, Arbeit im Übergang, 2009, und an Michael Vester, Die neuen Arbeitnehmer, 2007, Hamburg.
- 4 Zur Kritik s. Rolf-Peter Sieferle, Die Revolution in der Theorie von Karl Marx, 1979.
- 5 Der Berliner Landesvorsitzende Klaus Lederer hat in den „Blättern für deutsche und internationale Politik“, Nr. 7/2009, einen vielbeachteten Artikel „Links und libertär. Warum die Linke mit individueller Freiheit hadert“ publiziert. Prompt wurde in der Diskussion danach von Seiten des linken Flügels sein Parteiausschluss gefordert.
- 6 Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, 2010: Memorandum 2010; s. auch Axel Troost: Sozial und gerecht umverteilen statt kaputtsparen. In: Widerspruch Heft 58, Steuergerechtigkeit – umverteilen!, Zürich 2010.
- 7 Die SPD hat zwischen 1999 und 2009 rund ein Drittel ihrer Mitglieder verloren, insbesondere aus dem Bereich der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten. Sie ist inzwischen viel stärker eine Partei der modernen Mittelklassen.
- 8 Siehe dazu u.a. die Beiträge zur Debatte um Wirtschaftsdemokratie in: Widerspruch Heft 55, Demokratie und globale Wirtschaftskrise, Zürich 2008.
- 9 Siehe dazu Elmar Altvater, Der grosse Krach oder die Jahrhundertkrise von Wirtschaft und Finanzen, von Politik und Natur. Münster 2010.



Fakten, die verschwiegen werden

Elmar Oosterholt: Warum das Heilige Land auch den Palästinensern gehört. Religiöse Legenden und die Geschichte um die Besitznahme Palästinas, 240 Seiten, broschiert, Fr. 28.–, € 17.20, ISBN 978-3-85990-134-6

Das erste Buch, das die Geschichte der Juden und der Palästinenser vom religiösen Hintergrund an bis zur Gründung des Staates Israel am 15. Mai 1948 beschreibt. Es ist kein Geschichtsbuch über den Staat Israel, sondern schildert ausführlich, warum auch die Palästinenser Anspruch auf einen eigenen

Staat im früheren britischen Mandatsgebiet haben. Das Buch basiert auf der These, dass der Anspruch des palästinensischen Volkes auf das Heilige Land ebenso legitim ist wie jener des israelischen Volkes.

edition 8 info@edition8.ch www.edition8.ch

